



Gisela Kallenbach, MdEP

Vortrag:

**Westlicher Balkan - failed states oder bald zukünftige EU-Mitgliedsstaaten? Die
Zukunft des Kosovo.**

Europakolleg, Brügge, 7. November 2005

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich über die Einladung, heute vor Ihnen hier im Europakolleg Brügge sprechen zu dürfen. Der Grossteil von Ihnen wird später in Institutionen der EU arbeiten. Einrichtungen wie das Europakolleg sind unverzichtbar für Europa, um europäische Politik durch qualifizierte und weltoffene Menschen zu vermitteln. Generationen von Absolventen aus Brügge und Natoly prägen die verschiedensten Organe der Union geprägt. Insofern interessiert mich auch, wie in Ihrem Haus die gegenwärtige Krise der Union – ich würde es ja lieber als Bewährungsprobe bezeichnen- wahrgenommen wird und was in Ihrer Ausbildung getan wird, um Europa nicht nur als Elitenprojekt zu verstehen.

1. Warum befassen wir uns mit Kosovo?

Heute Nachmittag soll eine Region im Mittelpunkt stehen, die Europa noch immer als Verheißung wahrnimmt: das Kosovo. Ehrlich gesagt: Ich bin erfreut und zugleich überrascht über Ihr zahlreiches Kommen. Denn die Probleme und Herausforderungen des Westlichen Balkans und insbesondere des Kosovo sind inzwischen durch andere Konflikte aus unserem Bewusstsein verdrängt. Kosovo - war da was? Ja - vor sechs Jahren drohte der Balkan erneut in Bürgerkriegen zu versinken. Heute haben wir dort die umfangreichste Mission der Vereinten Nationen. EU-Institutionen haben bisher mehr als 1,3 Mrd. € in ein Gebiet gesteckt, das etwa ein Drittel so gross ist wie Belgien. Wenn es in absehbarer Zeit nicht gelingt, gemeinsam mit den Serben, den Kosovaren und der internationalen Gemeinschaft, den labilen status quo zu überwinden, werden Ihre Nachfolger hier in Brügge in ihren Abschlusspapieren bald schreiben, dass selbst 1,3 Mrd. € oder gar höhere Summen der internationalen Gemeinschaft den ersten 'failed state' in Europa nicht verhindern konnten.



Wie Sie vielleicht wissen, war ich von 2000 bis 2003 als Municipal Administrator, also als Internationale Bürgermeisterin der UN-Übergangsverwaltung in der kosovarischen Stadt Peja/Pec für den Aufbau der Kommunalverwaltung sowie der politischen Kommunalgremien verantwortlich. Ich konnte weiter geben, was ich in 10 Jahren des Aufbaues einer demokratischen kommunalen Selbstverwaltung in Leipzig unter dem Motto „learning by doing“ erfahren und erlebt hatte. Als Leiterin eines internationalen Teams aus vielen Ländern dieser Erde haben wir schrittweise und gemeinsam mit den kosovarischen Kollegen versucht, einen kommunalen Service für etwa 140 000 Einwohner aufzubauen. Dazu waren eine gehörige Portion Geduld, Improvisation, fachliches und menschliches Verständnis vonnöten. Anfangs war die Hauptaufgabe, für die rückkehrenden Flüchtlinge Unterkünfte und eine Grundversorgung zu sichern. Weiter ging es mit der Ausgabe von Personaldokumenten, Autokennzeichen, der Aufstellung von Verkehrszeichen, von Abfallbehältern und die Sicherung der Strom- und Wasserversorgung. Die Verabschiedung von kommunalen Satzungen oder die Einleitung von Baugenehmigungsverfahren gehörten schon zur Kategorie der höheren Verwaltungskunst! Sie glauben mir sicher, dass das alles keine leichte Aufgabe war und dass es galt, viele Hindernisse zu überwinden. Aus meiner ostdeutschen Sicht hatte ich immer angenommen, dass der Sozialismus im früheren Jugoslawien ein viel menschlicheres und demokratisches Gesicht hatte als z. B. in meiner Heimat. Aber offensichtlich war das eine Außensicht, fern ab jeder Realität. Auch im Kosovo, eines einstmals autonomen Teils Jugoslawiens war die autoritäre Macht des Staates – trotz allen Aufbegehrens – viel mehr prägend als ich für möglich gehalten hätte. Fakt ist, dass diese Region wohl bis heute von Clan- Strukturen getragen wird, aber nie die Chance hatte, wirkliche Demokratie einzuüben.

Lassen Sie mich noch einmal die Ereignisse vor 6 Jahren in Erinnerung rufen: Das militärische Eingreifen der NATO im Frühjahr 1999 wollte einen weiteren gewaltsamen Konflikt im ehemaligen Jugoslawien verhindern. Was war vorausgegangen? In weniger als einem Jahrzehnt waren Hunderttausende ermordet und Millionen Menschen vertrieben worden. Zehn Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges in Mitteleuropa standen wir einigermaßen hilflos einem Erstarren des Nationalismus, der Galtherrschaft und der brutalen Unterdrückung von Minderheiten gegenüber. Dies war die Ausgangslage im Frühjahr 1999.

Für die Bewertung des militärischen Eingreifens der NATO in den Kosovokonflikt ist es wichtig, dass nicht Opfer und Täter miteinander verwechselt werden. Sicher haben nicht



nur Serben Schuld auf sich geladen. Aber die Entwicklung im Kosovo war Teil einer gezielten Strategie der Belgrader Führung unter Slobodan Milosevic, die seit über 10 Jahren an vielen Stellen im ehemaligen Jugoslawien immer wieder deutlich geworden war. Im Kosovo hatte Milosevic bereits 1990 mit der Etablierung eines Apartheid-Systems begonnen, das sich zunächst des Mittels einer wirtschaftlichen Verelendung, kulturellen Unterdrückung und rücksichtsloser Repression bediente. Im Frühjahr 1998 begann eine gezielte Vertreibungsstrategie gegen die eigene Zivilbevölkerung. Als Richard Holbrooke mit Milosevic im Oktober ein Waffenstillstandsabkommen aushandelte, waren 300.000 Kosovo-Albaner, ein Siebtel der Bevölkerung, auf der Flucht. Und als die NATO, nachdem alle Möglichkeiten, doch noch eine zivile, politische Lösung herbeizuführen, endgültig ausgeschöpft waren, ihre Luftoperationen begann, hatte die systematische, gewaltsame Vertreibung der Kosovo-Albaner längst eingesetzt – und sie wurde durch die Bombardierung verstärkt! Aber auch die Flucht der Kosovo-Serben und der Roma und anderer Minderheiten begann, da die Albaner Rache übten.

Sicher ist, die Bombardierung hat keinen Frieden gebracht, aber definitiv wurde ein weiteres Srebrenica verhindert und die Voraussetzungen für eine Demokratisierung der Region geschaffen.

Bei allen noch bestehenden Problemen ist als Fazit festzuhalten: Milosevics Politik des aggressiven Nationalismus ist gescheitert und eine neue, demokratischere Führung regiert in Belgrad. Das Eingreifen der NATO, gekoppelt mit dem Präventivansatz des Stabilitätspaktes, hat die Entwicklung Südosteuropas in eine andere, positivere Richtung gelenkt.

Die Zwei-Millionen-Provinz Kosovo wurde im Sommer 1999 durch die Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates unter Protektoratsverwaltung der Vereinten Nationen gestellt. Sämtliche staatlichen und kommunalen Funktionen wurden anfangs von internationaler Seite übernommen. Nach völkerrechtlichen Status ist die Provinz bis heute Teil Jugoslawiens, das heute nur noch aus dem Staatenbund Serbien/Montenegro besteht.



2. Internationale Akteure im Kosovo

a. Vereinte Nationen

Gemessen an Auftrag und Umfang von UNMIK gibt es weltweit keine vergleichbare internationale Mission. Unter dem Schutz von KFOR-Soldaten aus 34 Ländern musste zunächst aus dem Chaos eine einigermaßen staatliche Ordnung hergestellt und die Demilitarisierung begonnen werden. Gemeinsam mit UNHCR, OSCE wurden Wahlen vorbereitet und schrittweise gemeinsam mit den Kosovaren eine demokratische Verwaltung auf Kommunal- und Provinz-Ebene aufgebaut. Neben der Absicherung des Rechtes der Rückkehr aller Flüchtlinge und der Gewährleistung von Menschenrechten musste (und muss!) das Wirtschafts-, Sozial- und Rechtssystem von Grund auf erneuert werden. Alles in allem keine einfache Aufgabe, für die es zudem bisher keinerlei Vorbild gab.

Die Resolution 1244 "reaffirms the call for substantial autonomy and meaningful self-administration for Kosovo". Fragt man Kosovo-Albaner nach ihren Zielen, so definieren mehr als 90 % diesen Beschluss als das Recht auf einen unabhängigen Staat. Doch darauf werde ich später noch eingehen.

Die internationale Gemeinschaft hat ihre zivilen Aufgaben nach Politikfeldern strukturiert und bedient sich dabei verschiedenster Institutionen:

- Pfeiler I: Polizei und Justiz (Vereinte Nationen)
- Pfeiler II: Verwaltung (Vereinte Nationen)
- Pfeiler III: Demokratisierung und Institutionen - Aufbau (OSZE)
- Pfeiler IV: Wiederaufbau und Wirtschaftsentwicklung (EU)

Anfangs waren dafür Menschen aus 43 Ländern vor Ort – ein Großteil der UN-Völkerfamilie war vertreten! Das hat eine kohärente Umsetzung der Beschlüsse nicht gerade erleichtert. Kamen doch manche der Mitarbeiter nicht gerade aus Staaten mit langen demokratischen Traditionen. Dazu kommt die Fluktuation der internationalen Mitarbeiter – auch in ich bin nach 3 Jahren auf eigenen Wunsch in meine Heimat zurückgekehrt. Das ist zu berücksichtigen, wenn verschiedenste Kommentatoren den Erfolg oder Nichterfolg der UN-Mission bewerten!

Als fünfter Sonderbeauftragter des UN-Generalsekretärs ist gegenwärtig der Schwede Soren Jessen-Petersen mit der Leitung der Mission beauftragt. Ihm wird wohl bald ein



weiterer special envoy mit dem ehemaligen finnischen Präsidenten Ahtisaari an die Seite gestellt, um die Verhandlungen über den künftigen Status gemeinsam mit Vertretern der EU, der USA und aus Russland zu leiten.

Jeder der Sonderbeauftragten hat seine eigene politische Note hinterlassen. Am dauerhaftesten ist wohl die des deutschen Michael Steiner, der in seiner Zeit die Formel „Standard vor Status“ geprägt und durchgesetzt hatte.

b. Europäische Union

Die EU ist im Kosovo leider mit verschiedenen Institutionen im Kosovo vertreten. Diese Situation mag verdeutlichen, dass es gut gewesen wäre, den Verfassungsvertrag so bald als möglich zu ratifizieren. Das hätte Eindeutigkeit in der Verantwortung gebracht. Dem ist nicht so, ergo müssen wir darauf setzen, dass zumindest eine gute Kooperation zwischen den Vertretern der Kommission und den Vertretern des Außenbeauftragten selbstverständlich ist. Das sind wir den Kosovaren aber auch der Internationalen Gemeinschaft schuldig, denn es geht um einen Teil Europas. Beiden genannten Vertretern obliegt eine politische Rolle, während innerhalb der UNMIK – Strukturen – wie schon genannt – Pillar IV hauptverantwortlich für ökonomische Aspekte ist. Sowohl die European Agency for Reconstruction als auch die Kosovo Trust Agency zeichnen für die internationale Unterstützung und Koordination des Wiederaufbaues sowie der Sanierung und Privatisierung der ehemaligen Staats- und Genossenschafts- Betriebe verantwortlich. Kein leichtes Unterfangen, wenn man nur berücksichtigt, dass Rechtsstaatlichkeit umgesetzt werden muss in einem Gebiet, das defacto als Staat nicht existiert!

Neben vielen guten Ideen ist natürlich auch viel Geld gefragt. Seit 1999 ist die EU der bei weitem größte Geber.

Mit Hilfe der verschiedensten Programme, bis hin zum Stabilitätspakt wurden tausende Häuser für die am meisten Bedürftigen wieder aufgebaut, Straßen und Brücken saniert, ein Abfallwirtschaftssystem installiert und nun endlich auch eine Rechtsgrundlage gefunden, über die man die ersten der so genannten socially owned enterprises privatisieren konnte. Schulen wurden saniert, das Bildungswesen reformiert.

Nicht immer verlief die Arbeit so reibungslos, wie eine bloße Aufzählung der fachlichen Bereiche vermuten ließe. Bei der Sanierung der Energieversorgung, im



Telekommunikationsbereich und auch bei der Wasserversorgung- und Abwasserbehandlung kam es zu zahlreichen Pannen, die Defizite – sowohl in der personellen Besetzung, aber auch in der Bereitstellung von finanziellen Mitteln durch die Geberländer offenbarten.

An dieser Stelle möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass es offensichtlich immer noch einfacher scheint, Mittel für militärische Unterstützung frei zu setzen aber weniger für Wiederaufbau oder langfristige Entwicklung.

Konkrete materielle Wiederaufbauarbeit wurde auch durch KFOR im Zuge der zivil-militärischen Zusammenarbeit (CIMIC) geleistet und durch die NGO`s aus aller Welt. Anfangs waren es mehrere hundert, heute sind es nur noch vereinzelte, weil andere Krisenregionen stärker in den Mittelpunkt gerückt sind. Nicht unerwähnt lassen darf ich die OSCE, die durch Organisation und Durchführung der Wahlen und durch Demokratisierungsprogramme einen wesentlichen Anteil beim Aufbau der Zivilgesellschaft hat.

Bei derart vielen Akteuren wird es nicht verwundern, dass es zu Konflikten und Reibungsverlusten kommen musste.

Ich darf erinnern: ein Staat mit seinen Institutionen und Funktionen existiert de facto nicht, er ist im schrittweisen Aufbau, die Verantwortlichkeiten sind zwischen internationalen und lokalen Akteuren geteilt. Korruption, organisierte Kriminalität und die Kultur der Machtverteilung durch Clan- Strukturen aber auch die Existenz verschiedenster kosovarischer Geheimdienste stehen der Entwicklung freiheitlich-demokratischer Ordnungen entgegen. Polizei und Justiz existieren in spärlichen Anfängen. Gleichzeitig entwickelt die Bevölkerung verständlicher Weise eine große Erwartungshaltung bzgl. der Verbesserung der Lebensbedingungen und der Zukunftshoffnung. Die Situation ähnelt der Quadratur des Kreises.

Wenn ich hinsichtlich der Zusammenarbeit der verschiedensten Akteure nach meinen 3 Jahren im Kosovo eine Bilanz ziehen will, dann heißt diese nicht: viele Köche verderben den Brei! Ich bin schon überzeugt, dass jeder Koch das Beste geben wollte, aber nicht alle waren Starköche der obersten Liga.

Zudem war es dem UN-Sicherheitsrat nicht gelungen, Auftrag und Kompetenz von UNMIK klar und eindeutig zu definieren. Jede der internationalen Institutionen hat ihre



eigenen Hierarchien und rechtlichen Grundlagen, die sich irgendwie auch noch mit den politischen und gesellschaftlichen Vorstellungen der Kosovaren treffen sollten. Die Vorstellungen von Menschen, denen nie demokratischen Erfahrungen gegönnt waren, die endlich frei und selbst bestimmt leben wollen und gleichzeitig von der internationalen Gemeinschaft zur Achtung von Menschenrechten und der Gewährleistung von gleichen Lebensbedingungen für alle Kosovaren, auch die der Kosovo/Serben und anderer Minderheiten gedrängt werden.

Ich darf Sie daran erinnern: es gab bisher noch keine UN-Mission dieser Art!

3. Status quo und ein Ausblick in die Zukunft

Ich hoffe, es ist bisher gelungen, Ihnen zu vermitteln, wie einigermaßen verworren die Situation ist. Der Drang der Kosovo/Albaner und ihrer Politiker nach Unabhängigkeit ist ungebrochen hoch. Die Position der Kosovo/Serben, die noch im Land verblieben sind – etwa 100 000- sowie derer, die als Binnenflüchtlinge in Serbien, Montenegro oder auch im westeuropäischen Ausland leben, wird durch die Regierung in Belgrad geprägt und vertreten. „Kosovo i Metohija“ – die Wiege der serbisch-orthodoxen Kirche. Diese Region in einen selbstständigen, unabhängigen Staat zu entlassen, erscheint selbst demokratisch gesinnten serbischen Politikern als politisches Harakiri. Was ist also der Weisheit bester Schluss? Wie gelingt eine dauerhaft stabile und friedliche Entwicklung, wohl wissend dass man Kosovo nicht los gelöst betrachten kann von der Situation in FYROM, in Albanien, im Rest- Jugoslawien. Wir werden gespannt sein müssen auf die Reaktion der Russischen Föderation oder auf China als Mitglieder des UN- Sicherheitsrates!

Wieder eine Quadratur des Kreises?

Es klingt wie ein gelungener Schachzug der internationalen Gemeinschaft, sich auf den Prozess „Standard before Status“ verständigt zu haben. Damit konnte man a) Zeit gewinnen und b) die demokratische Entwicklung voran bringen.

Scheinbar schien das Konzept aufzugehen. Man organisierte Rückkehr-Projekte, drang auf Einbeziehung von Minderheiten in die lokalen Institutionen, ihre Sprachen erhielten offiziellen Status, die militärische Bewachung der Enklaven und religiösen Stätten wurde vermindert, erste zaghafte Gespräche zwischen Pristina und Belgrad fanden statt. Der Alltag schien sich zu normalisieren und die Grundstein für eine multi-ethnische Gesellschaft gelegt.



Leider stieß diese Entwicklung aber nicht auf das Wohlwollen der radikalen Kräfte im Kosovo, denen jeder Anlass Recht ist, ihre Unversöhnlichkeit mit Serben und leider auch Roma zu demonstrieren. Das Ergebnis waren die gewaltsamen Auseinandersetzungen im März 2004. Wieder starben Menschen gewaltsam, brannten Häuser und Kirchen – anschließend in Serbien Moscheen- wieder wurden Menschen vertrieben. Aber: Kosovo rückte wieder in das internationale Interesse!

Als Sofortreaktion wurden die beschlossene und bereits praktizierte Reduzierung der Militärpräsenz rückgängig gemacht. 5000 neue Soldaten wurden in den Kosovo geschickt. Die diplomatischen Aktivitäten wurden verstärkt, eine ad hoc Arbeitsgruppe mit Diplomaten aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Russischen Föderation eingesetzt. Der Boden für den Beginn von Statusgesprächen sollte bereitet werden. Allerdings wurden dafür klare, an die Adressen von Belgrad und Pristina gerichtete Bedingungen formuliert:

- Keine Rückkehr zum Status vor März 1999, d.h. keine Rückkehr unter serbische Oberhoheit;
- Keine Teilung des Kosovo;
- Keine Veränderung bestehender Grenzen, d.h. keine Vereinigung mit Nachbarstaaten oder Teilen von ihnen.

Die nach den Parlamentswahlen von Oktober 2004 gebildete Koalition von LDK und AAK unter Ministerpräsident Haradinaj schien sich mit diesen Bedingungen zu arrangieren. Dann rief das ICTY und eine neue Regierung war vonnöten. Auch das hat die Lage im Kosovo zusätzlich verkompliziert - wie auch die ernsthafte Erkrankung von Präsident Rugova.

Zwischenzeitlich beauftragte der UN-Sicherheitsrat als special envoy, den norwegischen Diplomaten Kai Eide mit der Analyse der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation. Dieser Bericht liegt nunmehr vor.

Am 24.10. 05 beschloss der UN-Sicherheitsrat zeitnah Statusverhandlungen aufzunehmen. Damit stellt man sich dem Fakt, dass es unmöglich ist, schwierige, gar heikle politische Situationen immer wieder vor sich her zu schieben.. Allerdings wird die Lage nicht entscheidend einfacher. Der Ausgang ist ungewiss, weil die politischen Erwartungen in Pristina und Belgrad nicht unterschiedlicher sein können. Ich hoffe, dass



kühle Köpfe die Oberhand behalten! Noch weisen Demonstrationen junger Menschen, vorwiegend ehemaliger UCK-Kämpfer und die anhaltenden Versuche des kosovarischen Parlamentes, die Unabhängigkeit zu erklären, aber auch der verhärtete Standpunkt Belgrads in eine andere Richtung. Es ist der internationalen Gemeinschaft, einschließlich der EU zu wünschen, dass ihr die nötige Balance gelingt.



b. Die Europäischen Institutionen

Wie Sie ja wissen, haben wir auch auf europäischer Ebene die verschiedensten Akteure – den Rat, das Parlament, die Kommission und den Europarat. Jeder hat sich mehr oder weniger oft zur Situation im Kosovo, im Westlichen Balkan geäußert.

Trotz partieller Unterschiede gibt es eine eindeutige Botschaft: „Die Zukunft des Westlichen Balkans liegt in Europa“. Nur eine schrittweise Integration in die europäische Gemeinschaft bietet die Chance einer dauerhaft friedlichen und demokratischen Entwicklung. Der Zeitpunkt eines Beitritts von Serbien/Montenegro, von Mazedonien, Albanien, vom Kosovo ist natürlich ungewiss. Er wird unbedingt von der Einhaltung der Beitrittskriterien, einst festgelegt in Kopenhagen abhängen. Wir können uns auf Dauer um der eigenen Stabilität willen gar nicht leisten, einen weißen Fleck "Nicht-Europa" im Westlichen Balkan aufrecht zu erhalten.

Ich bin sehr froh, dass ein solcher Standpunkt auf europäischer Ebene Konsens ist, auch wenn es nach dem vorläufigen Stopp des Ratifizierungsprozesses zum europäischen Verfassungsvertrag hier und dort Stimmen gegen weitere Erweiterungsprojekte laut wurden. Das darf den Balkan nicht betreffen, wenn wir ein weiteres militärisches Eingreifen ausschließen wollen. Ich bin froh, dass das Thema Südosteuropa bereits jetzt von Österreich als Schwerpunkt für ihre Rats-Präsidentschaft benannt wurde.

Auch Kai Eide kommt zu der Schlussfolgerung, dass es die EU ist, die nach Klärung der Statusfrage die Hauptverantwortung für den weiteren Prozess zu übernehmen hat. He states: "They will have the leverage required and will be able to offer prospects in the framework of the European integration process."



4. Kosovo als Beispiel eines 'failed state' auf dem Balkan?

Ich erwähnte es, der Weg bis zu einer europäischen Integration ist weit und steinig aber alternativlos, wollen wir die Situation eines failed state in Europa verhindern.

Ungeduldige Menschen könnten meinen, dass wir gegenwärtig im Kosovo alle Anzeichen eines failed state antreffen, wenn man die definition: "The 'failed state' has for all practical purposes lost the ability to exercise legal capacity" zugrundelegt. Diese Definition charakterisiert die Gegenwart im Kosovo; ist aber bei Betrachtung der jüngeren und jüngsten Geschichte im ehemaligen Jugoslawien nicht anders zu erwarten. Mich erinnert die Situation oft genug an die fragile Lage in den Ländern des ehemaligen sozialistischen Wirtschaftssystems und den sich anschließenden Transformationsprozess. Nicht nur im ehemaligen Ostdeutschland erwarteten die Menschen quasi über Nacht blühende Landschaften. Um wieviel schwerer ist es in wenigen Jahren aus Todfeinden versöhnte Nachbarn zu machen und aus dem Armenhaus Jugoslawiens eine prosperierende Region! Der Bericht von Kai Eide macht aber auch deutlich, dass weder die provisorische Kosovo-Regierung und die serbische Regierung, noch UNMIK es geschafft haben, einen solchen 'failed state'-Zustand für die Zukunft auszuschließen.

Eides Schlussfolgerung, den UN-Sicherheitsrat zur baldigen Aufnahme von Verhandlungen über den Endstatus aufzufordern, war richtig. Die mit dem status quo verbundene Unsicherheit über die Zukunft der Provinz hat die Reformbemühungen nicht beflügelt. Wäre der UN-Sicherheitsrat in seiner Entscheidung vor drei Wochen der Empfehlung Eide's nicht gefolgt, wäre der destabilisierende Effekt groß gewesen. Mit Kai Eide wissen wir auch, dass es nie einen wirklich geeigneten Zeitpunkt für die Aufnahme von Statusgesprächen geben wird. Wer im Gespräch bleibt und evt. dem Nachbarn auch noch die Hände reicht, kann diese nicht zum Schießen nutzen!

Aber: die Beantwortung der Statusfrage ist nicht der alleinige Schlüssel zum Erfolg. Sie kann nur eine Grundlage bilden, um den eigentlichen Herausforderung – die rechtstaatlichen Defizite und die Überwindung der enormen wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu begegnen. Unabhängig vom endgültigen Status steht jede politische Verwaltung im Kosovo vor dem Problem, seiner Bevölkerung keine reguläre Beschäftigung in international konkurrenzfähigen Sektoren bieten zu können. Fehlende Energiesicherheit, relativ geringer Bildungsstand der Bevölkerung und ein mangelhaftes



Rechtssystem machen sie unattraktiv für Investoren. Um die horrende Arbeitslosigkeit zu überwinden, müssen Investitionsbedingungen genauso intensiv verbessert werden, wie das Thema einer evt. Konditionierten, zeitweiligen Migration nach Westeuropa diskutiert werden sollte.

Vielleicht ist das letztere der bessere Weg – zumindest für die junge Generation westeuropäische Kultur und Werte, ja Demokratie zu erlernen. Wir werden es also mit parallelen Prozessen zu tun haben. Die Klärung der völkerrechtlichen Frage ist die eine Seite – die Erreichung von Standards die zweite Seite der Medaille.

Vorrangig zu lösende Aufgaben sind die Sicherung der Rechte der Minderheiten, einschließlich ihrer Rückkehrmöglichkeit; die weitere Entwicklung der lokalen Selbstverwaltung sowie der Schutz des kulturellen und religiösen Erbes. Das hehre Projekt der Versöhnung bleibt auf der Tagesordnung, allerdings würde ich da keine schnellen Wunder erwarten.

Ich kann nicht hellsehen und wage keine Prognose zur weiteren Entwicklung, aber viele Optionen gibt es nicht – und die sind verzwickte genug. Zu groß sind die unterschiedlichen Auffassungen.

Ein autonomes Kosovo in Serbien wird bisher – ganz gleich in welcher Form - von der albanischen Mehrheit einhellig abgelehnt. Alle maßgeblichen politischen Kräfte der Kosovo-Albaner haben sich für die Unabhängigkeit ausgesprochen. Diese Lösung müsste also gegen den Willen von knapp zwei Millionen Kosovaren durchgesetzt werden. Serbien ist – noch nicht- bereit einen Teil ihres Stammlandes aufzugeben und will die berechtigten Interessen der Kosovo/Serben gleichberechtigt gewahrt wissen.

Ich bin gespannt, ob und wie es gelingen wird, den gordischen Knoten zu durchschlagen. In Kenntnis der kulturell und historisch bedingten Situation der Menschen in dieser Region wünsche ich der Internationalen Gemeinschaft und den Verhandlungsführern eine glückliche Hand, die weder den Stolz der Serben noch den Freiheitswillen der Albaner verletzt.

Welche Ideen hätten Sie?

Möchten Sie die Verhandlungen führen?

Ich freue mich auf eine lebendige Diskussion.